

Was die Euro-Bankenabwicklung wirklich bedeutet

18.08.2014 | [Prof. Dr. Thorsten Polleit](#)

Dass die Euro-Bankenabwicklung den Steuerzahler schont, ist falsch. Er wird es sein, der für Verluste aufkommt.

Im Bankenapparat des Euroraumes gibt es nach wie vor Probleme. Das illustrieren die Aktienkursverläufe vieler Geldhäuser.

Banco Espírito Santo SA

Aktienkurs (Jan. '07 bis Anfang '14)



Deutsche Bank AG

Aktienkurs (Jan. '07 bis Anfang '14)



Commerzbank AG

Aktienkurs (Jan. '07 bis Anfang '14)



Unicredit S.p.A

Aktienkurs (Jan. '07 bis Anfang '14)



Quelle für alle Grafiken: Bloomberg.

Der Zusammenbruch der portugiesischen Geschäftsbank Banco Espírito Santo Anfang August 2014 hat deutlich vor Augen geführt, dass die Bankenprobleme noch nicht überwunden sind.

Er hat zudem deutlich gemacht, wie man im Euroraum mit zahlungsunfähigen Banken umgehen wird. Grund genug also, sich etwas genauer mit dem Fall Banco Espírito Santo zu beschäftigen.

Was war passiert? Im ersten Quartal 2014 verbuchte die Bank einen Verlust in Höhe von 3,6 Mrd. Euro. Das Eigenkapital der Bank war damit sprichwörtlich ausgeradiert.

Der "Abwicklungsplan" sieht wie folgt aus: Die Bank wird in zwei Banken aufgespalten. Eine neue Bank, die "Novo Banco", ausgestattet mit den verbliebenen guten Krediten und Vermögen, wird die Geschäfte weiterführen.

Eine "Bad Bank" wird gegründet, die die schlechten Kredite und Wertpapiere übernimmt und die nachfolgend abgewickelt wird. Der portugiesische Staat zahlt insgesamt 4,4 Mrd. Euro als Eigenkapital in die neuen Banken ein.

Woher stammt das Geld? Es stammt aus dem "Rettungspaket" in Höhe von 78 Mrd. Euro, das Portugal von der EU und dem IWF im Mai 2011 zur Verfügung gestellt wurde.

Von den 12 Mrd. Euro, die davon für die Bankenrettung vorgesehen waren, stehen noch 6 Mrd. Euro "frei" zur Verfügung. Es ist Geld, das sich die Staaten durch Kreditaufnahme beschaffen.

Bedeutsam ist nun die Stellung der Gläubiger der ursprünglichen Banco Espírito Santo. Die Aktionäre verlieren ihr Kapital. Auch die Halter von sogenannten "nachrangigen" Bankschuldverschreibungen sind ihr Kapital los.

Die Halter von "erstrangigen" Bankschuldverschreibungen sowie die Halter von Sicht-, Termin- und Spareinlagen wurden verschont. Sie blieben außerhalb der Haftungskaskade.

Haftungskaskade

In den letzten Jahren hat die Politik eifrig daran gearbeitet, eine ordentliche Abwicklung für systemrelevante Banken zu ermöglichen. Sie bildet ein zentrales Element in der angestrebten Bankenunion.

Gerät eine Bank in Probleme (weil sie etwa den Stresstest durch die Europäische Zentralbank (EZB) nicht besteht), muss sie sich zunächst selbst mit neuem Eigenkapital versorgen.

Gelingt ihr das nicht, müssen die Verluste, die eine Bank einfährt, von ihren Anteilseignern und - wenn das Eigenkapital dazu nicht ausreicht - auch von den Gläubigern getragen werden. Dies bezeichnet man als "Bail-in".

Haftungskaskade für Bankgläubiger*

Refinanzierungsinstrumente	Haftungskaskade „Bail-in“	
Hartes Kernkapital (Core Tier 1), z. B. Aktien oder Genossenschaftsanteile	Verlustteilnahme im laufenden Geschäftsbetrieb („going concern“)	Eigenmittel nach Basel III (werden vor dem Bail-In abgeschrieben bzw. gewandelt)
Zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1), z. B. Vorzugsaktien oder Pflichtwandelanleihen		
Ergänzungskapital (Tier 2), z. B. langfristige nachrangige Verbindlichkeiten	Dient der Gläubiger- absicherung im Insolvenzfall („gone concern“)	
Nachrangverbindlichkeiten („junior liabilities“), z. B. Mezzanine Refinanzierung	Dienen der Verlustabsorption und Rekapitalisierung in der Abwicklung (= Sonderinsolvenzverfahren)	„bail-in-fähige“ Verbindlichkeiten
Vorrangverbindlichkeiten („senior liabilities“), z. B. Anleihegläubiger, nicht gesetzlich gesicherte Einleger		
vom Bail-in ausgenommene Verbindlichkeiten, wie z.B. gesetzlich gesicherte Einlagen, besicherte Verbindlichkeiten (bis zur Höhe der unterliegenden Sicherheiten) und treuhänderisch verwaltetes Vermögen		

**Anmerkung: Zu lesen von oben nach unten: Zunächst werden die Eigenkapitalgeber, dann die Gläubiger von nachrangigen und erstrangigen Verbindlichkeiten an den Verlusten beteiligt.*

Die Halter von (Spar)Einlagen sollen grundsätzlich verschont werden, so das Versprechen der Politiker. Einlagen von mehr als 100.000 Euro werden jedoch - wie im Falle Zyperns - in die Haftungskaskade einbezogen.

"Salami-Taktik"

Solange Investoren, die ihr Geld in Bankaktien und -schuldverschreibungen angelegt haben, das "Bail-in" als Einzelfall ansehen, kann das Abwicklungsmodell im Euroraum weithin Anwendung finden.

Die Behörden könnten dann nach und nach (im Zuge einer Salami-Taktik) ohne größere Probleme und Marktwiderstände die Verluste der Banken auf die Eigenkapital- und Fremdkapitalgeber verteilen.

Die Verluste würden vor allem Lebensversicherungen, Pensionskassen und Versorgungskassen treffen: Sie investieren das Geld ihrer Kunden bevorzugt in festverzinsliche Wertpapiere - auch Bankschuldverschreibungen.

Von einer Bankenabwicklung, durch die Bankverbindlichkeiten gestrichen werden, wären die Steuerbürger direkt betroffen. Ihre Ersparnisse sind neben Staatsschulden auch in eben diesen Bankschulden investiert.

Wenn allerdings Investoren erwarten, dass der "Bail-in" immer mehr Euro-Banken treffen wird, kann es turbulent werden. Investoren könnten sich aus Bankaktien und -schuldverschreibungen zurückziehen.

Damit verlören die Banken den Zugang zu den Eigenkapitalmärkten. Und auch ihre Refinanzierung über die Kapitalmärkte wäre kaum oder gar nicht mehr möglich.

Die europäischen Staaten müssten neues Eigenkapital einschießen. Der Staat beziehungsweise die Steuerzahler würden zum Eigentümer der Geldhäuser und müssten für die Verluste gerade stehen.

Zudem müsste die EZB den Banken mit Krediten aushelfen. Die Verluste, die in den Bilanzen der Euro-Banken schlummern, würden der EZB und damit letztlich auch dem Steuerzahler aufgehast.

Mit anderen Worten: Die Bankenabwicklung, die man sich in den Finanzministerien ausgedacht hat, verursacht nur dann keine Turbulenzen, wenn die Politik der Salami-Taktik aufgeht.

Verluste drohen

Dass sie aufgehen, ist alles andere als sicher. Zweifel daran müssen vor der Einsicht erwachsen, dass die Probleme der Banken unmittelbar mit den Tücken des ungedeckten Papiergeldsystems verbunden sind.

Der künstliche "Boom", für den das ungedeckte Papiergeld sorgt, bleibt solange in Gang, wie die Kredit- und Geldmengen, bereitgestellt zu tiefen Zinsen, immer weiter anwachsen.

Gerät der Zustrom des billigen Geldes jedoch ins Stocken, treten Probleme wie zum Beispiel Fehlinvestitionen zutage. Die Konjunktur beginnt zu straucheln und mit ihr der Bankenapparat.

Genau diese Gefahr birgt die Bankenabwicklung, wie sie im Euroraum in Aussicht gestellt wird. Um Turbulenzen abzuwenden, kann es erforderlich werden, zu drastischen Mitteln zu greifen.

Hier kann es zum Beispiel zur Verstaatlichung von Banken kommen - genauso wie es jüngst im Fall der portugiesischen Banco Espírito Santo geschehen ist.

Übrigens wird bei all dem der geplante "Abwicklungsfonds" die Anleger kaum "schützen" können. Erst in zehn Jahren soll ein Beitrag in Höhe von 55 Mrd. Euro angesammelt sein. Ein sehr kleiner Betrag angesichts des Eigenkapitals der Euro-Banken von 2.457 Mrd. Euro und einer Bilanzsumme von 30.727 Mrd. Euro.

Wie man es auch drehen und wenden mag: Die Schäden, den das Jahrzehnte währende ungedeckte Papiergeldwesen verursacht hat, lassen sich nicht kostenlos aus der Welt schaffen.

Die Anleger, die ihr Geld direkt oder indirekt in festverzinslichen Euro-Bankschulden angelegt haben, müssen sich auf Verluste gefasst machen. Zu diesen Anlegern zählen - entgegen den politischen Beschwichtigungen - vor allem die Steuerzahler.

Euro-Banken stark abgeschlagen gegenüber US-Banken

Aktienkurse der US- und Euroraum-Banken*



Quelle: Bloomberg, eigene Berechnungen. *Januar 2007 = 100

Auffällig ist, wie stark die Aktienkurse der Euroraum-Banken gegenüber denen der US-Banken zurückgeblieben sind. Dies mag vor allem durch den unterschiedlichen Umgang mit der Krisenpolitik dies- und jenseits des Atlantiks zu erklären sein. In den Vereinigten Staaten war die Geldpolitik von Anfang an darauf ausgerichtet, die Banken mit niedrigen Zinsen und einem unbeschränkten Kreditangebot wieder flott zu machen. Das scheint auch gelungen zu sein. Die derzeit verbesserte Gewinnlage ermutigt Investoren, wieder Bankaktien nachzufragen.

Im Euroraum hingegen liegen die Dinge ganz anders. Die Ertrags- und Gewinnlage der Euro-Banken ist weiterhin schwach. Zudem scheinen noch erhebliche Probleme in den Bilanzen der Euro-Banken zu schlummern. Die mit der Bankenunion in Aussicht gestellte "Bankenabwicklung" soll Verluste den Bankaktionären und auch Bankgläubigern zuweisen. Das dürfte das Investoreninteresse an Bankeigenkapital natürlich stark vermindern.

Vor allem auch die Möglichkeit, dass Euro-Banken (zumindest vorübergehend) verstaatlicht werden könnten, lässt die Renditeerwartung für den gesamten Euro-Bankenapparat absinken: Verstaatlichte Banken hätten Refinanzierungsvorteile gegenüber nicht-verstaatlichten Banken. Das wiederum schmälert die Profitabilitätsaussichten der privaten Banken und dämpft ihre Aktienkursentwicklung.

Ob Euro-Bankaktien bereits "billig" sind, trotz der schwachen Kursentwicklung der letzten Jahre, ist daher nicht zweifelsfrei zu beantworten. Wenn ihre Ertrags- und Gewinnsituation sich nicht merklich verbessert, könnten Euro-Bankaktien noch zu einem enttäuschenden Investment werden.

© Prof. Dr. Thorsten Polleit

Quelle: Auszug aus dem Marktreport der [Degussa Goldhandel GmbH](#)

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](https://www.goldseiten.de)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/216700--Was-die-Euro-Bankenabwicklung-wirklich-bedeutet.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer](#)!

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).